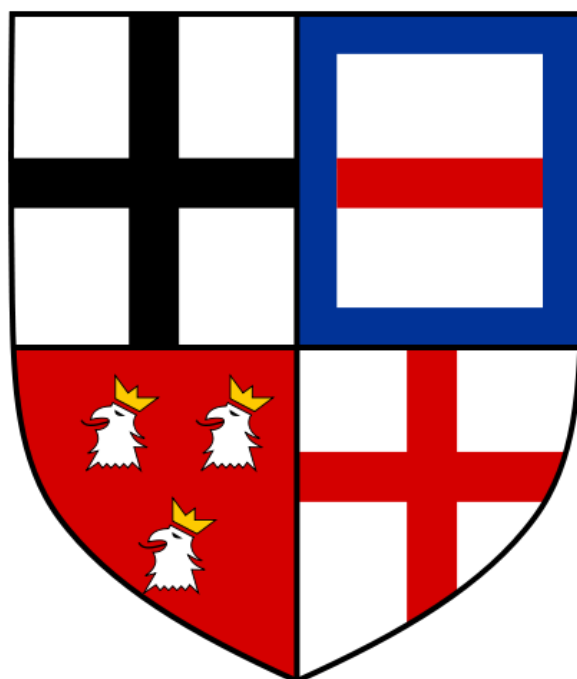


# KOALITIONSVEREINBARUNG

Beste Bildung – wirtschaftlich stark – ökologisch verantwortlich  
Sozial für Jung und Alt

Asbach auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt

## 2019 -2024



# Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
1. Finanzen Generationengerecht regeln.....	4
2. Weiterentwicklung unserer familien- und kinderfreundlichen Verbandsgemeinde.....	4
3. Beste Bildung .....	6
4. Nachhaltiger Umwelt-, Natur- und Artenschutz .....	6
5. Modernisierung der Verwaltung .....	7
6. Wirtschaftsförderung als Keimzelle des heimischen Wohlstands und Faktor des Sozialwesens .....	8
7. Brand- und Katastrophenschutz .....	9
8. Barrierefreie Verbandsgemeinde .....	9
9. Mobilität sichern und umweltfreundlich fördern .....	9
10. Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum .....	10
11. Tourismus – Lebensqualität für Gäste und Einheimische .....	11

# Koalitionsvereinbarung der Fraktionen von CDU und FDP im Verbandsgemeinderat Asbach für 2019-2024

## Präambel

Für die Wahlperiode 2019-2024 schließen die Fraktionen von CDU und FDP eine Koalitionsvereinbarung. Die Bürger der Verbandsgemeinde Asbach haben eine Koalition ermöglicht, die Bewährtes bewahrt und Neues wagt. Es gilt erfolgreiche Konzepte fortzuführen und die Chancen von einer modernen Welt auch bei uns im ländlichen Raum einzuführen und nutzbar zu machen. In dieser Vereinbarung werden die Schwerpunkte für die Zusammenarbeit in den kommenden 5 Jahren geregelt. Die Fraktionen dieser Vereinbarung konzentrieren sich bei Ihrer Zusammenarbeit zum einen auf die Selbstverwaltungsaufgaben, die der Verbandsgemeinde nach der Gemeindeordnung zugewiesen sind und zum anderen auf Bemühungen einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Ortsgemeinden innerhalb der Verbandsgemeinde, aber auch hin zu einer verbesserten Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen.

Der Koalitionsvertrag bedient aber nicht nur die Festsetzung der Schwerpunkte dieser Koalition, sondern er soll vor allem für unsere Bürger eine lebenswerte Region unserer Verbandsgemeinde in der Zukunft aufzeigen und das Vertrauen der Einwohner zu unseren Ortsgemeinden stärken. Es gilt die Entscheidung, bei uns den Lebensmittelpunkt gewählt zu haben zu bekräftigen, das Engagement der Menschen in den Gemeinden und Vereinen zu fördern und die Bereitschaft in unsere Orte zu investieren, zu erhöhen.

Die Vertragspartner wollen dafür Sorge tragen, dass die Verbandsgemeindeverwaltung, die die Verwaltungsgeschäfte der Ortsgemeinden führt und zahlreiche staatliche Aufgaben (Auftragsangelegenheiten) wahrnimmt, eng und vertrauensvoll mit den Ortsgemeinden zusammenarbeitet. Die bürgerfreundliche Verwaltung soll fortgeführt und ausgebaut werden.

Darüber hinaus konzentrieren sich die Fraktionen auf die freiwilligen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Hierzu gehören z.B. die Betreuende Grundschule, die Jugendpflege, das Mehrgenerationenhaus, Mobilitätslösungen (Bürgerbus), die Sicherung der ärztlichen Versorgung, die Digitalisierung.

In diesem Rahmen werden die Fraktionen auch die Übernahme neuer Aufgaben prüfen.

Im Einzelnen vereinbaren die Fraktionen dieser Vereinbarung:

## 1. Finanzen Generationengerecht regeln

Die bisherige Finanzpolitik wird mit dem Ziel einer weiteren schuldenfreien Politik fortgesetzt. Wir können nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Die Verbandsgemeinde-Umlage soll zum Wohl der Ortsgemeinden mit 25,5 % in den nächsten fünf Jahren stabil gehalten werden.

Ab dem Doppelhaushalt 2019/2020 soll eine jährliche Stetigkeitsrücklage in Höhe von 250.000 Euro zur Finanzierung von laufenden Kosten in schwachen Haushaltsjahren gebildet werden. Die finanzpolitische Verantwortung der Verwaltung und der Ausschüsse soll gestärkt werden. Künftig sollen der Bürgermeister und die Ausschüsse wie folgt abschließend entscheiden können:

Bürgermeister:	10.000 €	bisher: 5.000 €
HaFiA:	50.000 €	bisher: 20.000 €
Erlassanträge:	unbegrenzt	
PlaBa:	25.000 €	bisher: 15.000 €
übrige Fachausschüsse:	25.000 €	bisher: 15.000 €
Werksausschuss:	unbegrenzt im Rahmen des Wirtschaftsplanes	

Diese Wertgrenzen sollen in die Hauptsatzung aufgenommen werden.

Im Bereich der Abwasserwerke ist sicherzustellen, dass Probleme und Kosten nicht zu sehr auf die Schultern kommender Generationen verlagert werden. Querfinanzierungen aus dem Verbandsgemeinde-Haushalt zu Gunsten der Gebührenstabilität sind auf ein vernünftiges Maß einzustellen. Der weitere Ausbau des Kanalnetzes soll in enger Absprache mit den Kommunen abgestimmt und die Ausbaugeschwindigkeit durch weitere Neubaugebiete gedrosselt werden. Hierfür bedarf es einer Nachjustierung in der Siedlungspolitik. Mit diesem Schritt begegnet die Verbandsgemeinde mit ihren Ortsgemeinden wirtschaftlich und sozial den Problemen des anstehenden demografischen Wandels.

## 2. Weiterentwicklung unserer familien- und kinderfreundlichen Verbandsgemeinde

Die Verbandsgemeinde Asbach verfügt bereits über eine vielfältige Kinderbetreuung auf hohem Niveau. Doch es gilt für die Realisierung von Lebensbedingungen für Familien die bestehenden Einrichtungen weiter zu verbessern und weitere Alternativen aufzubauen.

Hierfür sollen folgende Punkte geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt werden.

**Die Fraktionen erteilen der Verwaltung einen konzeptionellen Prüfauftrag, der folgende Punkte umfasst:**

- Anstatt durch die gesetzliche Vorgabe ausreichend Kindertagesstättenplätze in den einzelnen Gemeinden zur Verfügung stellen zu müssen, soll mit den Ortsgemeinden über die Einrichtung einer interkommunalen Kindertagesstätte mit erweiterten Öffnungszeiten diskutiert werden. Hierdurch sollen Kosten durch die Reduzierung mehrerer Bauwerke oder deren Erweiterungen auf ein Gebäude eingespart werden. Viele Bürger Asbachs, oder Zuzugswillige haben ihre Arbeit im Köln-Bonner oder Neuwied-Koblenzer Großraum. Diese Menschen würden durch eine verkehrsgünstig gelegene Kita mit erweiterten Öffnungszeiten bessere Möglichkeiten haben, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Eine Öffnungszeiten von 6.00 bis 19.00 Uhr sollte angestrebt werden. Die Kosten für den Mehraufwand der längeren Öffnungszeiten trägt der Nutzer des Angebotes.
- Unterstützung der Ortsgemeinden durch die Verbandsgemeindeverwaltung beim weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung in Krippen und Kindertagesstätten. Hierzu wird unter Koordination der Verbandsgemeindeverwaltung eine Bedarfsermittlung durchgeführt, auch im Hinblick auf Sprachförderung und Beratung hinsichtlich der Beantragung von Fördermitteln des Landes und des Kreises.

**Weitere Punkte unserer Tätigkeit innerhalb der laufenden Legislaturperiode sollen umgesetzt werden:**

- Die Erhaltung des Ferienprogramms auf Ebene der Verbandsgemeinde, insbesondere zur Sicherstellung der Kinderbetreuung für berufstätige Eltern.
- Die Unterstützung unserer Jugendfeuerwehren und deren Arbeit.
- Der Bürgermeister wird angehalten, dass der Vereinskümmerer dem Rat (halbjährlich) regelmäßig über die Sitzungen mit den Vereinen berichtet. Hierdurch sollen Interessen abgeglichen und weitere Synergien entwickelt werden.
- Ortsgemeinden, die Spielpunkte oder Spielplätze in ihren Bebauungsplänen ausweisen, werden mit 5% bezuschusst.
- Die Verwaltung wird aufgefordert den Ortsgemeinden größtmögliche Unterstützung beim Ausbau des Radwegenetzes zu leisten. Dies gilt für die Beschaffung von Fördermitteln, als auch bei der Planung. Im Zuge der Sanierung von Kreis- und Landesstraßen soll geprüft werden, ob die Erstellung eines Radweges parallel zur Sanierung gemeinsam erfolgen kann.

### 3. Beste Bildung

Als Träger der Grundschulen kommt die Verbandsgemeinde ihren Aufgaben bereits auf vorbildlicher Weise nach. Doch kommen auch immer weitere, neue Herausforderungen auf die Bildungslandschaft zu, denen wir gerne Rechnung tragen möchten.

Deswegen setzen sich die vertragsverpflichteten Fraktionen folgende Ziele für die anstehende Legislaturperiode:

- Die Aufrechterhaltung der stetigen baulichen Sanierung der Gebäude und Anlagen unserer Schulen. CDU und FDP setzen damit den gesellschaftlichen Auftrag um, den Respekt der agierenden Generation vor unseren Kindern zu wahren und zu halten.
- Der digitalen Lebenswirklichkeit wird Rechnung getragen. Im Rahmen des Digitalisierungspaktes des Bundes werden alle in unserer Trägerschaft befindlichen Schulen an das Glasfasernetz angeschlossen.
- Inhouse werden die digitalen Strukturen unserer Schulen bis in jedes Klassenzimmer sichergestellt.
- Das Angebot sogenannter I-Padkoffer wird erweitert, um Wartezeiten für das interaktive Lernen zu vermeiden.
- Den erfolgreichen Weg der technischen Betreuung der digitalen Anlagen und Endgeräte an den Schulen durch die Verbandsgemeinde setzen wir erfolgreich fort.
- Die Verbandsgemeinde prüft im Einvernehmen mit allen Bildungseinrichtungen (Schulen, Büchereien, Vereinen, usw.) die Teilnahme am jährlichen bundesweiten Vorlesetag zu einem gemeinsamen Aktionstag.
- Die Nachmittagsbetreuung an den Schulen soll überprüft werden und bei Bedarf angepasst werden.
- Jedes Kind in der Verbandsgemeinde kann das Schwimmen in der Grundschulzeit erlernen. Das ist sichergestellt. Sollte das durch Schulschwimmen nicht sichergestellt werden können, sind kostenfreie Nachmittagskurse einzurichten.

### 4. Nachhaltiger Umwelt-, Natur- und Artenschutz

Auch in der Umweltpolitik wollen wir unsere Arbeit konsequent fortführen:

- Die Versorgung mit Trinkwasser und die Abwasserbeseitigung liegen auch in den nächsten fünf Jahren im Fokus der Fraktionen.
- Das Hochwasserschutzkonzept der Verbandsgemeinde soll umgesetzt und fortgeschrieben werden.

- Der Verbandsgemeinderat ist bestrebt, in den nächsten fünf Jahren eine Fläche für einen Solarpark zu erwerben und bauplanungsrechtlich auszuweisen. Die Umsetzung mit Solarmodulen erfolgt entsprechend der Haushaltslage.
- In der Hauptsatzung wird der Umweltausschuss umbenannt in „Ausschuss für Klima-, Umwelt- und Artenschutz“.
- Mit den kommunalen und privaten Waldbesitzern sollen Möglichkeiten eines Umbaus des Waldbestandes in Richtung von Baumarten diskutiert werden, die
  - a.) dem Klimawandel besser standhalten und
  - b.) infolge ihrer Beschaffenheit mehr klimaschädliches CO<sup>2</sup> aufnehmen können.
- Für eine ganzheitliche Flächenplanung zu Gunsten des Klima-, Natur, und Artenschutzes sind Fachbehörden und örtliche Naturschutzverbände in beratender Funktion zu befragen. Ein zukunftsweisendes Konzept für den Klima-, Natur- und Artenschutz soll noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden. Hierzu soll in Anlehnung an dem in der Entstehung befindlichen Klimaschutzkonzeptes des Kreises die Verbandsgemeinde Asbach für ihren Bereich ebenfalls ein auf sich zugeschnittenes Klimaschutzkonzept entwickeln.
- Im Einvernehmen mit unseren Gemeinden, der Landwirtschaft, den hiesigen Naturschutzverbänden und Landschaftsbehörden sollen in einem Pilotprojekt eine höhere Hektarzahl Blumenwiesen und Randstreifen an Rad- und Wanderwegen angelegt werden. Diese sollen die Aufgabe haben Wildtieren, Vögeln und Insekten Schutz- und Habitatflächen zu sichern. Gleichzeitig soll damit das Landschaftsbild für touristische Zwecke verbessert werden. Zudem soll geprüft werden, ob die Anpflanzungen auch als Futtermittel dienen können. Des Weiteren soll bei der Auswahl der Pflanzen geprüft werden, ob mit bestimmten Pflanzenarten eine Verbesserung der Bodenqualität erreicht werden kann. Zur Umsetzung des Programms bietet die Verbandsgemeinde den Ortsgemeinden sowie jedem anderen Flächenbesitzer geeigneter Felder eine Förderung in Höhe von 1.000 Euro pro Hektar an.

## 5. Modernisierung der Verwaltung

Wesentliches Anliegen unserer künftigen Politik wird die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Ortsgemeinden, den benachbarten Verbandsgemeinden und die Nutzung von Synergieeffekten auf Landkreisebene sein.

Dies gilt in besonderer Weise für das Aufgabenfeld Abwasserbeseitigung sowie der Organisation und räumlichen Zuordnung dieser Aufgabe.

Um den Ortsgemeinden eine intensivere und zeitlich flexible Unterstützung zu gewährleisten, soll in der Verwaltung ein fester Ansprechpartner zur Unterstützung und Koordination der Aufgaben geschaffen werden. Für alle Anliegen der Ortsgemeinden steht zudem der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Asbach jederzeit persönlich zur Verfügung.

Das Bürgerbüro der Verbandsgemeinde Asbach soll zeitlich erweitert werden. Von 7.00 bis 18.00 Uhr soll täglich eine Erreichbarkeit gewährleistet werden und samstags zwischen 8.00 und 12.00 Uhr. Das hierfür erforderliche Personal wird im Stellenplan bereitgestellt. Zur effektiven Information und Perspektivengestaltung ist ein Ältestenrat einzurichten, der aus den Fraktionsvorsitzenden aller Parteien sowie aus der Gemeindeleitung besteht.

## 6. Wirtschaftsförderung als Keimzelle des heimischen Wohlstands und Faktor des Sozialwesens

Die wirtschaftlichen Begebenheiten innerhalb der VG Asbach gehören zu den attraktivsten im Land und im Kreis. Wir sind stolz auf unsere Firmen und Hidden champions. Den stark wachsenden Gesundheitssektor sehen wir als Chance für die optimale Versorgung der Bevölkerung und als lohnenden Wirtschaftsbereich.

Doch auch uns drohen Gefahren. So warnt die IHK Koblenz vor einem Auslaufen von Gewerbeflächen im Kreis Neuwied mit den Folgen der langfristigen Schwächung. Auch der Facharbeitermangel gehört zu den Gefahren unserer Zeit und führte bereits zu Abgängen von Firmen in den urbanen Raum. Hinzu kommt für fleißige Gemeinden eine ungerechte Steuerpolitik seitens des Kreises und des Landes, die die Gestaltungsmöglichkeiten unserer Gemeinden einschränkt. Des Weiteren werden unsere Gemeinden trotz aller Vorzüge nur als Grundzentren gehandelt. Hier muss gegen- und umgesteuert werden.

- CDU und FDP verpflichten sich den Ausbau des Glasfasernetzes im Rahmen des Kreisclusters, beginnend mit den Gewerbegebieten, voranzutreiben.
- Die Verbandsgemeinde unterstützt die Gemeinden beim Aufbau von sogenannten Hotspots in den Kernorten und an Stellen starken zivilen Aufkommens.
- Die VG prüft, wie Bildungsangebote im Ausbildungsbereich verbessert werden können. Bei geringen Möglichkeiten innerhalb der Verbandsgemeinde soll die Qualität der Erreichbarkeit zu auswärtigen Fachschulen überprüft werden.
- Die Verbandsgemeindeverwaltung soll sich mit der Realschule Plus in Asbach ins Benehmen setzen, um zu prüfen, wie der Fachoberschulzweig Technik für die Schüler weiter attraktiver gestaltet werden kann.
- CDU und FDP in der Verbandsgemeinde unternehmen den politischen Anlauf gemeinsam mit anderen steuerstarken Gemeindeverbänden die progressive Kreisumlage wieder abzuschaffen.
- Die Verbandsgemeinde unterstützt wenigstens eine Gemeinde, oder im Gemeindeverbund mehrere Gemeinden innerhalb der Verbandsgemeinde, um den Status eines Mittelzentrums zu erlangen.
- Die Verbandsgemeinde soll gemeinsam mit den Gemeinden prüfen, wo weitere Gewerbeflächen in der Verbandsgemeinde erstellt werden können. Auch ein gemeinsames interkommunales Gewerbegebiet soll dabei geprüft und mit den Gemeinden diskutiert



werden. Hierzu wird die Verbandsgemeinde aufgefordert ein Gutachten für gewerbliche Potentialflächen, bezogen auf die gesamte Verbandsgemeinde, zu erstellen.

- CDU und FDP setzen sich dafür ein, dass weitere Firmen aus der Gesundheits-, Pflege- und Wellnessbranche in der Verbandsgemeinde Fuß fassen können, um somit die Region für ihr Gesundheitsangebot über die Grenzen der Verbandsgemeinde hin bekannt zu machen.

## 7. Brand- und Katastrophenschutz

Unsere Feuerwehren brauchen auch in Zukunft ausreichend Mittel, um gut ausgerüstet und gut ausgebildet ihren ehrenamtlichen Dienst leisten zu können. Auch in Zukunft werden die Fahrzeuge regelmäßig erneuert, die Gebäude in einem guten Zustand erhalten und Mittel für die Aus- und Weiterbildung bereitgestellt werden.

- Der eingeschlagene Weg, Frauen verstärkt für die Mitarbeit bei der freiwilligen Feuerwehr zu gewinnen, soll beibehalten werden.
- Um Nachwuchs zu sichern, soll der Jugendfeuerwehr eine attraktive Unterstützung wiederfahren.

Der Feuerwehrbedarfsplan bildet die Grundlage für Investitionen im Bereich des Brandschutzes in der Legislaturperiode 2019-2024.

## 8. Barrierefreie Verbandsgemeinde

Die Zahl der mobilitätseingeschränkten Menschen in unserer Gesellschaft nimmt zu. Dieser Personenkreis hat im täglichen Leben, wie die Erledigung von Einkäufen und Behördengängen und bei der Teilhabe am kulturellen Leben, häufig erhebliche Einschränkungen zu überwinden.

Die Verbandsgemeinde setzt sich mit ihren Ortsgemeinden ins Benehmen und prüft, ggf. auch in enger Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten der Verbandsgemeinde, um eine Bestandsaufnahme zu erstellen und zusammen mit den Akteuren vor Ort aufzeigen.

Inklusion beginnt für uns bei einer „einfachen“ und für alle verständlichen Sprache, nicht zuletzt bei Formularen und Bescheiden. In enger Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten der Verbandsgemeinde sollen Schwierigkeiten im Integrationsprozess analysiert und behoben werden.

## 9. Mobilität sichern und umweltfreundlich fördern

Die Fraktionen dieser Vereinbarung sind sich darüber einig, dass die Mobilität unserer Bürger in allen Fällen gesichert sein soll und dies in Vernetzung mit den ehrenamtlich betriebenen Bürgerbussen, deren ehrenamtliche Initiativen von der Verbandsgemeinde nachhaltig

unterstützt werden. Für die Zukunft braucht es jedoch weitere neue Wege und Ideen der öffentlichen Mobilität, die künftig den altbekannten ÖPNV mit seinen Großraumbussen zunächst ergänzen und später in effektiverer Form ablösen soll.

Dabei soll der Bedarf bestimmter Zielgruppen, wie Seniorinnen/Senioren, Schüler und Jugendliche, weitgehende Berücksichtigung finden.

Die Verbandsgemeinde bemüht sich in enger Zusammenarbeit mit ihren Gemeinden wenigstens eine E-Tankstelle pro Kernort (Asbach, Buchholz, Neustadt, Windhagen) bis Ende der Legislaturperiode den Bürgern und Auswärtigen mit Elektroautos anzubieten, um so dem geringsten Anspruch eines flächendeckenden Tanknetzes nachzukommen. Hierbei ist es durchaus denkbar mit Privatinvestoren zusammenzuarbeiten.

## 10. Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Verbandsgemeinde Asbach stellt in den kommenden fünf Jahren einen zentralen Punkt der politischen Arbeit dar.

Die Sicherstellung beruht auf drei Säulen:

- der Sicherung und dem Ausbau der hausärztlichen Versorgung,
- der Sicherung und dem Ausbau der fachärztlichen Versorgung sowie
- der Sicherung des Standortes der DRK Kamillus Klinik.

In diesem Zusammenhang sollen alle möglichen Denkansätze verfolgt werden, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Die Vergabe von Stipendien soll auch in den Folgejahren betrieben werden.

Investitionen in Immobilien, Gerätschaften, kassenärztliche Sitze, sonstige Pilotprojekte, wie z.B. die Gemeindeschwester plus, fallen ebenfalls unter diesen Punkt.

Den Allgemeinmedizinern soll seitens der Verbandsgemeinde für den Einsatz so genannter Vera Kräfte ein Kraftfahrzeug kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Eine mögliche Organisation mehrerer Allgemeinmediziner in Form einer Genossenschaft oder eines MVZ, welches in Trägerschaft der Allgemeinmediziner betrieben wird, wobei in den Hauptorten die Arztpraxen verbleiben müssen, stellt dabei ebenfalls einen Denkansatz dar.

Die Ansiedlung von Fachärzten soll in Abstimmung mit der DRK Kamillus Klinik erfolgen, um hier Synergie-Effekte zu nutzen.

In einem weiteren Schritt ist neben den oben genannten drei Säulen auch die Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung anzugehen.

Bei dem Themenkomplex ärztliche Versorgung im ländlichen Bereich sind neue Lösungswege und unorthodoxe Denkansätze gefordert und werden von den Fraktionen von CDU und FDP ausdrücklich und nachhaltig unterstützt.

## 11. Tourismus – Lebensqualität für Gäste und Einheimische

Die Verbandsgemeinde Asbach ist ein attraktiver Lebensraum zwischen den Ballungszentren Köln/Bonn und Frankfurt. Die Nähe zum Rhein, der Westerwald, das milde Klima im Sommer und die Vorzüge einer ausgedehnten Mittelgebirgslandschaft laden zum Wohlfühlen ein. Hierbei geht es nicht nur um das Anlocken von Gästen, der Steigerung von Übernachtungen und Tagesgästen, die die heimischen Lokale besuchen sollen, sondern es sollen vor allem weitere attraktive Freizeitangebote entstehen, die ebenso der heimischen Bevölkerung für die Steigerung ihrer Lebensqualität zu Gute kommen.

Deswegen bemühen sich CDU und FDP in Verbindung mit den Ortsgemeinden den heimischen Tourismus weiter zu stärken.

- Hierfür soll das Rad- und Wanderwegenetz ausgebaut werden.
- Die Teilnahme am Geopark soll im Interesse der 4 Ortsgemeinden weiter erhalten bleiben. Bei der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konzept, werden unsere Ortsgemeinden von der Verbandsgemeinde intensiv beraten und begleitet.
- Die enge Zusammenarbeit mit der Marke „Westerwald“ in Zusammenarbeit der Kreise Neuwied/Altenkirchen/Westerwald soll verstärkt und den Anschluss an die Landesmarke Rheinland-Pfalz gesucht werden.

Asbach, 23. Juni 2019

gez. CDU-Fraktion

---

Jürgen Schmied  
(Fraktionsvorsitzender)

---

Johannes Brings

---

Martin Buchholz

gez. FDP Fraktion

---

Alexander Buda  
(Fraktionsvorsitzender)

---

Alfons Ewens

---

Johann Walgenbach

---

Käthemarie Gundelach

---

Markus Harf

---

Thomas Junior

---

Heinz-Josef Klein

---

Toni Lahr

---

Sebastian Limbach

---

Walburga Marnett

---

Werner Marnett

---

Ulla Müller

---

Christoph Petri

---

Konrad Peuling

---

Hans-Josef Stockhausen

---

Johannes Wagner

# IMPRESSUM



CDU-Gemeindeverband Asbach

Ansprechpartner:

Siegfried Schmied

Ehrenberg 15

53577 Neustadt (Wied), Ehrenberg

Telefon: 02683.31587



FDP-Amtsverband Asbach

Ansprechpartnerin:

Christa Ewenz

Im Rehwinkel 7

53578 Windhagen

Telefon: 02645.608205

E-Mail: [christa.ewenz@gmx.net](mailto:christa.ewenz@gmx.net)